

Konflikt um Flüchtlingsunterkunft an der FU Berlin

Ein Containerdorf für Flüchtlinge auf Unigelände sorgt in Berlin für Unmut. Proteste gegen die geplante Unterbringung auf dem begehrten Areal. Bröckelt die woke Fassade der Uni?

Das Grundstück an der Thielallee 63 in Berlin-Dahlem, das derzeit noch als Parkplatz genutzt wird, soll laut den Plänen des Senats in ein Containerdorf für 260 Flüchtlinge umgewandelt werden. Diese Entscheidung stößt jedoch auf Widerstand, insbesondere seitens der Freien Universität, die das Gelände für Lehr- und Forschungszwecke nutzen möchte. Der Präsident der Universität, Günter Ziegler, äußerte seinen Unmut darüber, dass die Hochschulleitung nicht in die Entscheidung einbezogen wurde.

Die Universität zeigte sich grundsätzlich bereit, geflüchtete Menschen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen, wies jedoch darauf hin, dass das Grundstück dringend für eigene Bauprojekte benötigt werde. Alternativ schlug die Universität vor, leerstehende Gebäude der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in der Nähe zu nutzen, die früher bereits für die Unterbringung von Geflüchteten genutzt wurden.

Der Sonderbeauftragte für Flüchtlingsfragen beim Senat, Albrecht Broemme, betonte die Dringlichkeit der Unterbringung von Flüchtlingen und forderte klare Zeitvorgaben für den Baubeginn des neuen Universitätsgebäudes. Trotz der geplanten Errichtung von 16 weiteren Containerdörfern in Berlin gibt es immer noch einen akuten Mangel an Wohnraum für Flüchtlinge, was zusätzlichen Druck auf die Suche nach geeigneten

Unterbringungsmöglichkeiten ausübt. Die hauptsächlich im Ostteil der Stadt geplanten Containerdörfer tragen dazu bei, dass das Ungleichgewicht der Wohnraumsituation weiter verschärft wird.

Die Entscheidung, ein Containerdorf auf dem Gelände der Freien Universität zu errichten, führt zu Diskussionen und Kritik im Netz. Einige Nutzer äußern Unverständnis darüber, dass die Universität sich dem Vorhaben widersetzt, obwohl sie sonst als weltoffen und toleranzbewusst gilt. Es wird angemerkt, dass angesichts der aktuellen Wohnsituation von Geflüchteten in beengten Verhältnissen dezentrale Unterkünfte dringend benötigt werden und die Universität möglicherweise mehr Solidarität zeigen könnte.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de